

Untersuchungsausschuss Euro Hawk

Zeugenbefragung am 29. Juli 2013

Zeuge: Bernhard Gerwert, Chief Executive Officer
(CEO), Fa. Cassidian

Teil 1

raus. Eines davon ist Ihr FEMALE. Das Bundesministerium bewertet das Vertragsvolumen von 1,3 Milliarden Euro, und Sie wissen davon gar nichts. Das wundert mich. Also, welche Informationen genau hatten Sie über die mögliche Integration von ISIS in FEMALE zu welchem Zeitpunkt?

Zeuge Bernhard Gerwert: Ich kann noch mal betonen, dass es bei dem Thema FEMALE um ein UAV geht in der sogenannten MALE-Kategorie - das heißt, fliegen in einer Höhe zwischen 30 000 und 40 000 Fuß, nicht in einer Höhe von 60 000 Fuß wie der Euro Hawk -, dass es bei der Entwicklung zu dem FEMALE primär nicht um das Thema Signalaufklärung geht, dass das Thema ISIS steht, dass die IABG dann damit beauftragt wurde, Alternativen zu dem Thema Einbau von ISIS - - Da muss ich mich präzise ausdrücken: Dass die IABG diesen Studienauftrag bekommen hat, das wussten wir natürlich. Das wusste auch ich. Aber noch mal: Mir waren die Details aus dieser Studie nicht bekannt. Dass meine Mitarbeiter dazu bestimmte Zuarbeiten geleistet haben: ja. Das sehe ich ja jetzt auch hier. Aber in welcher Tiefe welche Unterlagen von uns zu dieser Studie geliefert wurden, weiß ich nicht. Ich habe diese Unterlagen nicht gesehen.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Karl A. Lamers: Vielen Dank. - Das Fragerecht geht jetzt über an die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, an die Kollegin Keul.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, vielen Dank. - Herr Gerwert, wir haben von dem Musterprüfer Steiger in der letzten Woche gelernt, dass es unabhängig von der Frage ob Kategorie 2 oder Kategorie 3 auf eine Musterzulassung ankommt. Das heißt, auch für Kategorie 2 hätte man eine Musterzulassung gebraucht. Sie haben jetzt eben gesagt, das mit der Musterzulassung sei alles kein Problem, weil Kategorie 2 würde ja auch reichen. Das widerspricht dem, was wir letzte Woche von dem Musterprüfer gelernt haben, nach dem also hier auch für Kategorie 2 keine Musterzulassung hätte erfolgen können. Können Sie diesen Widerspruch noch mal aufklären? Wie hätte der Euro Hawk ohne Musterzulassung funktionieren sollen?

Zeuge Bernhard Gerwert: Um präzise zu sein: Ich möchte so verstanden sein, dass

für uns klar war, dass der Euro Hawk eben nur zugelassen werden kann für die Kategorie 2. Also, ich würde erst mal die beiden Dinge auseinanderhalten. Inwieweit dazu die Musterzulassung dann erforderlich ist, haben Sie die Aussage von dem Herrn Steiger. Und inwieweit diese Musterzulassung in welchem finanziellen Rahmen möglich ist, da bitte ich Sie wirklich: Fragen Sie heute Nachmittag meinen Kollegen von Northrop Grumman, weil die Unterlagen zu dem Thema der Zulassung und der Dokumentation kommen von den Amerikanern. Dieses kann ich wirklich nicht bewerten.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. Also verstehe ich Sie richtig: Sie sind bei Vertragsschluss davon ausgegangen, dass es wohl eine Musterzulassung der Kategorie 2 geben würde.

Zeuge Bernhard Gerwert: Ja.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eine Musterzulassung der Kategorie 3 haben Sie von Anfang an für unwahrscheinlich gehalten.

Zeuge Bernhard Gerwert: Frau Abgeordnete, richtig.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie eng sind Sie denn an dem Vertragsschluss oder an dem Vertragstext selber persönlich beteiligt? Haben Sie den gelesen?

Zeuge Bernhard Gerwert: Nein.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sich damit auseinandergesetzt?

Zeuge Bernhard Gerwert: Nein. Ich war auch zu dem Zeitpunkt nicht dafür verantwortlich.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer macht das bei Ihnen im Unternehmen?

Zeuge Bernhard Gerwert: Ja nun, verantwortlich macht das der entsprechende Geschäftsbereichsleiter, der für diesen Bereich verantwortlich ist, dann die entsprechenden Vertragsjuristen, die entsprechenden Kaufleute. Es sind viele, viele beteiligt, die wirklich den Vertrag abschließend lesen im Detail.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer sind die Gesprächspartner jetzt aufseiten der Bundesregierung bzw. des BMVg für Ihr Unternehmen in Vertragsangelegenheiten?

Zeuge Bernhard Gerwert: Die Mitarbeiter - ich sage immer noch - des BWBs zu dem Zeitpunkt, weil der jetzt -- Der komplizierte Name, den kann ich gar nicht aussprechen.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Gerwert, ich habe noch einen anderen Widerspruch. Die Mitarbeiterin des Bundesrechnungshofes hat uns letzte Woche auch ganz klar dargelegt, dass die Musterzulassung ein Vertragsbestandteil geworden ist und hat uns auch die entsprechenden vertraglichen Vorschriften dargelegt. Ich möchte daher dem Zeugen gerne einen Vorhalt machen. Und zwar geht es um MAT 4, Ordner 9 bis 26. Ich lege Ihnen jetzt drei Vertragsteile vor. Das eine ist die Anlage 18, betreffend Musterprüfung, und da nur die Seite 1.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt. Er und sein Rechtsbeistand nehmen Einblick)

Des Weiteren handelt es sich um Anhänge zu Anlage 1, nämlich einmal das Musterprüfrahmenprogramm sowie die hundertseitige Compliance List. Davon habe ich Ihnen auch nur die ersten Seiten - denn das sind technische Daten -, die erste Seite vorgelegt. Vielleicht gucken Sie es sich im Moment in Ruhe an.

Zeuge Bernhard Gerwert: Also, wenn ich den jetzt lesen soll, dann müssen wir jetzt eine Unterbrechung machen für eine halbe Stunde.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, ich sage ja: Von der Compliance List habe ich Ihnen nur die erste Seite vorgelegt. Da geht es nicht um den Inhalt, sondern ob Sie dieses sozusagen einordnen können, ein solches Dokument, das Musterprüfrahmenprogramm. Da werde ich Ihnen aus den ersten vier Seiten einen Vorhalt machen, und die Seite 1 der Anlage 18 zum Vertrag.

Also, ich werde Ihnen konkret daraus einzelne Sätze vorhalten, ja? - Wenn Sie gucken auf Seite 1 der Anlage 18, ganz oben als Allererstes, da steht es:

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, im Rahmen seiner Leistungserbringung insbesondere die Verkehrssicherheit/Luftfahrtauglichkeit* --

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Karl A. Lamers: Frau Kollegin, vielleicht wäre es gut, wenn der Zeuge zunächst kurz Möglichkeit hat, das zu lesen. Wenn Sie dann weiter --

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich will ihm ja nur sagen, was er --

Zeuge Bernhard Gerwert: Ich lese das jetzt mit, solange wie Sie das vorlesen. Ist auch okay.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut, alles klar. Es ist ja nicht so viel. Also noch mal:

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, im Rahmen seiner Leistungserbringung insbesondere die Verkehrssicherheit/Luftfahrtauglichkeit/Luftfahrtverträglichkeit nach Maßgabe der folgenden Regelungen herzustellen ... bzw. wiederherzustellen ... und nachzuweisen. Diese Verpflichtung schließt Leistungen aus Unteraufträgen --

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Karl A. Lamers: Frau Kollegin, eine Sekunde.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gibt es Probleme?

RA Dr. Daniel M. Krause: Ich bin mir nicht sicher, ob wir hier bei einem Wortlaut eines Vertragspassus

(Zuruf: Ist das für die Öffentlichkeit?)

im Bereich der Geschäftsgeheimnisse sind. Das ist doch offensichtlich der Fall.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir hatten uns darauf geeinigt und hatten auch bei der Zeugin - wie hieß sie? - Bauch aus dem Vertrag was erläutert.

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT 4 BRH zu BB 17-90, 91, Ordner 11, Blatt 270.

Zeuge Bernhard Gerwert: Also, ich möchte als verantwortlicher Geschäftsführer hier keine Aussagen zu Verträgen öffentlich machen.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Karl A. Lamers: Gut. Das heißt, das ist praktisch der Antrag auf nichtöffentliche Behandlung. Frau Kollegin, wollen Sie dann da in dem Punkt weitermachen? Sonst müssen wir das - -

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, dann müssen wir das machen. Dann müssen wir das verschieben, damit wir das dann eingestuft erörtern können.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Karl A. Lamers: Ja.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn Sie meinen, dass der Zeuge hierzu sozusagen - -

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Karl A. Lamers: Also nichtöffentlich, nicht eingestuft - nichtöffentlich. Wenn das so ist, dann würde ich vorschlagen, dass wir das Gespräch und die Fragen jetzt so fortsetzen und das an das Ende der Sitzung nehmen. Wenn Sie damit einverstanden sind?

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Müssen wir dann wohl. Es geht hier zwar nur um ganz allgemeine - -

Zeuge Bernhard Gerwert: Es geht um Vertragsinhalte. Ich bin hier - - Ich sehe es nicht, dass ich hier öffentlich über Vertragsinhalte spreche.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Karl A. Lamers: Also, ich akzeptiere das, dass das jetzt - -

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Dann möchte ich aber trotzdem auch im öffentlichen Teil noch einmal festhalten, dass Sie sich vorhin geäußert haben zu dieser Frage und gesagt haben, die Musterzulassung sei im Vertrag nicht vereinbart. Das haben Sie von sich aus ungefragt so geäußert. Halten Sie an dieser Aussage so fest?

Zeuge Bernhard Gerwert: Das ist meines Wissens der Inhalt, ja.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Karl A. Lamers: Gut. - Wollen wir jetzt den konkreten Punkt in „nichtöffentlich“ dann verschieben? Wollen wir uns jetzt darauf einigen? - Dann nehmen wir den jetzt hier raus. Sie stellen Ihre Fragen weiter, und ich nehme das dann an das Ende der Vernehmung des Zeugen.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Müssen wir dann wohl so machen.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Karl A. Lamers: Dann machen wir das so. Dann würde ich Sie bitten, andere Fragen zu stellen.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann will ich versuchen, noch mal an einem anderen Punkt anzuknüpfen. Sie hatten eingangs in Ihrem Eingangsstatement gesagt, Ihr Unternehmen bzw. EADS sei lediglich Unterauftragnehmerin, und damit seien auch Northrop Grumman bzw. EADS jeweils nur alleine für ihre Unteraufträge verantwortlich. Das heißt, wenn ich Sie richtig verstehe, dass der eine nicht für die Fehler des anderen haftet. Ist das das, was Sie meinten?

Zeuge Bernhard Gerwert: Ja.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn jetzt aber das Gemeinschaftsunternehmen EuroHawk GmbH ein Gemeinschaftsunternehmen ist, an dem auch EADS zu 50 Prozent beteiligt ist, und wenn dann die EuroHawk GmbH aus diesem Vertrag für irgendetwas haftet, dann ist doch auch die 50-prozentige Anteilseignerin EADS an dieser Haftung für die EuroHawk GmbH beteiligt?

Zeuge Bernhard Gerwert: Ja.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. Dann werden wir den Rest zu diesem Komplex „Vertrag“ später machen. - Vielleicht können Sie mir noch mal erklären: Gibt es denn zu dem Thema FEMALE - - Also, Sie hatten ja gesagt, Sie wissen nicht, dass Ihrer Firma ein Unterauftrag erteilt worden ist; aber das Programm FEMALE als solches ist Ihnen ja bekannt, nicht?

Zeuge Bernhard Gerwert: Bestens.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bestens. Gut. Was ist denn der Unterschied zwischen FEMALE und Talarion?

Zeuge Bernhard Gerwert: Talarion war die Eigenentwicklung unserer Firma für ein entsprechendes Aufklärungssystem. Das war eine eigene Initiative. Hier haben wir mit viel eigenem Geld die Entwicklung gestartet - oder die Auslegung dieses Systems. Talarion war ja vorgesehen in einer Kooperation Frankreich-Spanien-Deutschland. Dieses hat sich nicht verwirklichen lassen. Daraufhin haben wir die Entwicklung von Talarion eingestellt.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wann war das?

Zeuge Bernhard Gerwert: Das war Anfang 2012. Die haben wir eingestellt. Das war unser eigenes Geld, kein Steuergeld. Viel Geld. Aufgrund dessen haben wir dann gesagt: Das lässt sich so nicht verwirklichen. Wir müssen uns oder wir können uns nicht darauf verlassen, dass dieses System realisiert werden kann zwischen Deutschland, Frankreich und Spanien, sondern wir müssen eine breitere Basis für eine europäische Entwicklung finden, das heißt möglichst auch andere Partner, andere Länder. - Punkt 1.

Punkt 2. Auch dass wir mit den potenziellen Auftraggebern gesprochen haben, also nicht nur Deutschland, sondern insbesondere auch der potenzielle Kunde Frankreich - - Da wurde deutlich, dass die Anforderungen an so ein System sich auch geändert haben. Und deswegen haben wir dann das Thema Talarion aufgegeben und führen es jetzt unter dem Thema - aber jetzt Akquisition - FEMALE. Dabei handelt es sich auch noch um keine Entwicklung, sondern das ist eine Idee, die wir verfolgen zu der Entwicklung eines europäischen Aufklärungssystems.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Karl A. Lamers: Ja, vielen Dank. - Dann kommen wir zur dritten Fragerunde. - Die CDU verzichtet. Dann sind wir bei der SPD, und da gebe ich das Wort dem Herrn Kollegen Bartels.

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Herr Gerwert, Sie hatten ja geschrieben, dass Sie mit Staatssekretären Gespräche hatten, dass Sie mit dem Bundesminister - das wissen wir ja - Gespräche hatten und dass Zulassungsprobleme von UAVs dabei eine Rolle gespielt haben. Diese Zulassungsprobleme sind bisher konkret ja nur in einem einzigen Projekt - ein anderes haben wir nicht -, bei Euro Hawk. Oder haben wir eine andere Erkenntnis, woher die Staatssekretäre oder der Minister die Kenntnis von Zulassungsproblemen haben?

Zeuge Bernhard Gerwert: Die Staatssekretäre und der Minister haben die Kenntnis von den - jetzt würde ich mal bewusst auch ein anderes Wort nutzen - Herausforderungen bezüglich der Zulassung von UAVs. Dieses haben wir sehr deutlich gemacht. Hier haben wir in allen Gesprächen, zumindest in den Gesprächen, in denen ich dabei war, deutlich gemacht, dass wir diese Zulassungsprobleme am besten lösen, wenn wir von vornherein ein System entwickeln oder nach diesen entsprechenden Zulassungsvoraussetzungen entwickeln.

Ich kann nur noch mal wiederholen: Darüber haben wir gesprochen, dass, wenn Sie einen gewissen Standard fordern, einen gewissen Entwicklungsstandard, dann können Sie diesen Standard einhalten, wenn er Ihnen bekannt ist, bevor Sie mit der Entwicklung beginnen. Das war und ist die wesentliche Diskussion, die ich sowohl mit Beamten des Verteidigungsministeriums, mit den Staatssekretären und dem Minister hatte.

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Wie kommt man darauf, dass es ein Problem ist, dass man in die Zukunft, wenn es in der Gegenwart noch gar nicht - -

Zeuge Bernhard Gerwert: Das Problem ist relativ einfach. Wenn Sie bestimmte Zulassungsvoraussetzungen - -

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Ja, ja, das ist bekannt. Nein, ich wollte darauf hinaus sozusagen: Sie haben ein konkretes Projekt. Da gibt es diese Probleme.

Zeuge Bernhard Gerwert: Ja.

Untersuchungsausschuss Euro Hawk

Zeugenbefragung am 29. Juli 2013

Zeuge: Bernhard Gerwert, Chief Executive Officer
(CEO), Fa. Cassidian

Teil 2

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Haben Sie denn diese Überlegung, die es ja auch schon länger gab, über eine alternative Zulassung, Vorläufige Verkehrszulassung etc. -- Waren Sie dort eingebunden in die Überlegungen, und wie haben Sie dazu gestanden?

Zeuge Bernhard Gerwert: Die haben wir vorgeschlagen. Die habe ich persönlich auch noch mal vorgeschlagen. Aber jetzt nicht - müssen wir auseinanderhalten - für die Serie. Dass man zumindest nach Erreichen des Entwicklungsergebnisses den Demonstrator mit einer sogenannten vorläufigen Verkehrszulassung im Einsatz testen kann.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Wie lange hätte man diesen Status quo Ihrer Meinung nach aufrechterhalten können?

Zeuge Bernhard Gerwert: Diesen Status quo hätte man aus unserer Sicht zumindest für zwei bis drei Jahre aufrechterhalten können - auch unter einer VVZ -, hätte dann die Erfahrung sammeln können und hätte dann erst eine Entscheidung treffen können: Beschaffe ich eine Serie oder nicht? - Das war unser Vorschlag. Darauf haben wir aber keine Resonanz bekommen.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Karl A. Lamers: Vielen Dank. - Dann kommen wir zu Bündnis 90/Die Grünen. Frau Kollegin Keul.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, vielen Dank. - Ich werde mich im Folgenden bemühen, durch die Fragen uns eine geheime Sitzung zu ersparen, und würde deswegen gerne noch mal auf ein Dokument kommen, aus dem ich jetzt dann keinen Vorhalt mache, das heißt also: ein stiller Vorhalt.

Wenn Sie sich diese Compliance List angucken: Dazu hat uns der Zeuge Steiger bestätigt, dass diese Liste mit diesen technischen Voraussetzungen in einem gemeinsamem Gespräch in Kalifornien festgelegt worden ist. Bei diesem Gespräch waren Northrop Grumman beteiligt, die Musterprüfstelle WTD 61 und die EADS.

Meine Frage an Sie wäre jetzt: Wenn die EADS mit der technischen Zulassungsvoraussetzung des Luftfahrzeuges nichts zu tun hat, warum war sie dann an diesen Ge-

sprächen beteiligt? Und wissen Sie, wer dort für EADS beteiligt war?

Zeuge Bernhard Gerwert: Weiß ich nicht. Ich weiß nicht, ob und wer daran beteiligt war.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber dass man Gespräche im Vorfeld des Vertrages über die Voraussetzungen der Zulassung geführt hat, ist Ihnen schon bekannt, oder?

Zeuge Bernhard Gerwert: Ja, natürlich.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Herr Gerwert, der Vertrag vom Januar 2007: Wenn dort wesentliche Änderungen gemacht würden - es sind ja auch viele gemacht worden -, dann wird das auch immer schriftlich gemacht, oder? Also, es gibt keine mündlichen Änderungen zu solchen Entwicklungsverträgen, richtig?

Zeuge Bernhard Gerwert: Also, ich gehe davon aus, dass die alle schriftlich gemacht werden, weil es ist ja eine Änderung zum Vertrag. Und damit werden sie Vertragsbestandteil.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Wir haben ja von verschiedenen Zeugen gehört, dass es im Februar 2010 zu entscheidenden Gesprächen kam, in denen man auf die Musterzulassung dann für den Prototyp verzichtet hat bzw. die zurückgestellt hat. Was wissen Sie von diesen Gesprächen oder von diesem Zeitpunkt? Waren Sie da irgendwie involviert?

Zeuge Bernhard Gerwert: War ich nicht.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hat man Sie informiert?

Zeuge Bernhard Gerwert: Nein. War ich nicht involviert. Also, die Gespräche finden auf Projektleiterebene statt. Also, bei weitem war ich da nicht informiert.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, dass es da irgendwelche Veränderungen hinsichtlich der Musterzulassungen gegeben hat, -

Zeuge Bernhard Gerwert: Nein.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
- ist Ihnen nicht bekannt?

Zeuge Bernhard Gerwert: Nein.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Was uns so ein bisschen ja erstaunt, ist, dass Sie der erste Zeuge sind, der sagt: Es war von Anfang an klar, dass es niemals eine Kategorie-3-Zulassung geben würde. Also, bisher war es schon so - -

Zeuge Bernhard Gerwert: Für *mich*.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Hm?

Zeuge Bernhard Gerwert: Für *mich* war das klar.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Für *Sie* war das klar, auch schon Zeitpunkt des Vertrages, ja?

Zeuge Bernhard Gerwert: Ja, weil die Regularien gab es ja nicht. Deswegen hat man den Vertrag ja so gestaltet und unterschrieben. Ich wurde ja auch gefragt, ob wir einen Vertrag unterschrieben hätten, in dem das klare Bedingung war. Und ich habe klar und deutlich gesagt, dass wir so einen Vertrag niemals unterschrieben hätten.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Ja, deswegen weise ich ja darauf hin, dass Sie in der Hinsicht der erste Zeuge sind; denn alle Zeugen - wenn überhaupt - haben stets nur infrage gestellt, ob der Ausschluss der Bemühensklausel so weit geht oder nicht. Aber dass über eine zivile Luftzulassung - -

Zeuge Bernhard Gerwert: Wie können Sie sich denn dazu verpflichten, wenn es dazu nicht mal die Regularien gibt? Also, das ist doch Theorie.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Ist Ihnen bekannt, dass die Bemühensklausel ausgeschlossen worden ist in dem Vertrag?

Zeuge Bernhard Gerwert: Ich kenne nicht jetzt jeden einzelnen Vertragstext.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Gut. - Dann frage ich Sie jetzt: Sie haben

eben noch mal gesagt, Sie können bis heute nicht nachvollziehen, warum die Bundesregierung die Serie nicht bestellt.

Zeuge Bernhard Gerwert: Ich habe - -

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Das verstehe ich nun wiederum nicht; denn wenn wir jetzt einmal die Fakten - -

Zeuge Bernhard Gerwert: Ich - - Halt!

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Ja?

Zeuge Bernhard Gerwert: Ich habe gesagt: Ich kann die 500 bis 600 Millionen nicht nachvollziehen. Und wenn ich das richtig verstanden habe, ist die Entscheidung des Verteidigungsministeriums darauf begründet, dass es Mehrkosten von 500 bis 600 Millionen gibt. Da ich die 500 bis 600 Millionen nicht nachvollziehen kann, kann ich natürlich auch die Entscheidung nicht nachvollziehen.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Ach so. - Aber dann sind Sie schon - - sind wir uns einig, dass eine irgendwie geartete Anschaffung einer Serie nur Sinn hätte, wenn es in irgendeiner Weise eine Musterzulassung gibt mindestens der Stufe Kategorie 2, und dass es ohne Musterzulassung keinen Sinn hat?

Zeuge Bernhard Gerwert: Da sind wir uns einig.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Gut. - Dann würde ich jetzt die Fragen weitergeben an den Kollegen Nouripour.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich würde gerne noch mal zurückkommen zu Ihrer Empfehlung, man möge sich doch mal unbedingt den Global Hawk anschauen als Trägersystem. Welche relevanten Unterschiede gibt es denn zwischen Block 30 oder Block 40 und dem, was jetzt gerade nicht mehr fliegen wird?

Zeuge Bernhard Gerwert: Ja gut, der Block 20 - das muss man mal sehen -, der ist ja nun auch vor 15 Jahren oder noch länger entwickelt worden. Der Block 40 ist jetzt gerade in der Entwicklung. Block 30 ist gerade in der entsprechenden Auslieferung. Von

Untersuchungsausschuss Euro Hawk

Zeugenbefragung am 29. Juli 2013

Zeuge: Bernhard Gerwert, Chief Executive Officer
(CEO), Fa. Cassidian

Teil 3

Zeuge Bernhard Gerwert: Das weiß ich nicht, kann ich nicht beurteilen. Das ist eine Rechtsfrage. Da muss man jemanden fragen, der rechtliche Kenntnisse dazu hat.

Harald Koch (DIE LINKE): Ich hatte ja zu Beginn bewusst die Frage gestellt, wer Eigentümer ist, und Sie haben auch recht zögerlich geantwortet.

Zeuge Bernhard Gerwert: Ja, weil ich gesagt habe: Ich gehe davon aus, dass - -

Harald Koch (DIE LINKE): Ja, ich will nur sagen: Ist Ihnen als Geschäftsführer bewusst, dass dies eventuell einen Straftatbestand darstellen könnte - weil Verstoß gegen Art. 10 Grundgesetz - und letztendlich Sie als Zustandsstörer zumindest - vielleicht nicht als Verursacher - in die Pflicht genommen werden können?

Zeuge Bernhard Gerwert: Also, das ist eine Rechtsfrage; muss ich rechtlich prüfen.

Harald Koch (DIE LINKE): Da gebe ich Ihnen recht. - Danke schön; das war es von meiner Seite.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Haben die Linken keine weiteren Fragen? - Dann kommt die Frau Kollegin Keul von den Grünen.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ich will da noch mal anknüpfen. - Herr Gerwert, ich muss sagen, ich bin doch etwas erstaunt. Also, ich meine, ich gehe fest davon aus - und die Bundeswehr tut das und das BMVg und alle Zeugen, die wir bisher vernommen haben -, dass Sie selbstverständlich Eigentümer sind, bis die Abnahme erfolgt, bis zum 30.09., und dass die Erprobung dieses Systems auch ausschließlich in den Händen der Industrie erfolgt. Auch alle Zeugen, die wir befragt haben, die dazu etwas sagen können, haben gesagt: Wir haben keine eigenen Erkenntnisse über die Erprobung von ISIS; alles, was wir wissen, wissen wir von der Industrie, die in eigener Regie ihr eigenes System derzeit ausschließlich testet. - Ich will Ihnen das einfach nur noch mal vorhalten. Vielleicht überdenken Sie noch mal Ihre auch etwas zögerliche Einlassung. Könnte es sein, dass es vielleicht doch anders ist, als Sie es eben vermutet haben?

Zeuge Bernhard Gerwert: Ich habe, glaube ich, eine klare Aussage dazu gemacht. Ich habe gesagt: „Ich persönlich gehe davon aus“, und damit kann es auch anders sein.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Bernhard Gerwert: Ja.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielleicht liegt das irgendwie an Informationsabläufen oder Ähnlichem im Unternehmen, die wir nicht kennen; aber -

Zeuge Bernhard Gerwert: Mag ja sein.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - ich stelle mir vor, dass sozusagen als Chef des Unternehmens die Eigentumsfrage und die Verantwortlichkeit für die eigenen Systeme sozusagen auf Ihrem Tisch landen müssten. Ist das nicht so? Also, wie muss ich - - Wie kann das sein, dass Sie das nicht so genau wissen?

Zeuge Bernhard Gerwert: Ich habe meine Antwort dazu gegeben. Mehr kann ich dazu nicht sagen.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Gerwert, wir hatten ja vorhin schon mal das Problem thematisiert, dass die Verschlüsselungstechnik für ISIS ja derzeit doch so ist, dass, wenn man es jetzt nutzen würde, es gerade nicht für „German eyes only“ wäre - das war ja mal eine Voraussetzung -, sondern dass dort Verschlüsselungstechnik auch der NSA eine Rolle spielt. Kriegen wir denn das gelöst? Wenn man ISIS jetzt woanders einbaut, würde man dann auch davon wegkommen, dass man also auch eine eigene, eine nationale Verschlüsselungstechnik dem beifügen könnte? Sonst würde ich mich ja fragen, ob der Nutzwert oder der Brauchwert überhaupt noch gegeben ist für ISIS.

Zeuge Bernhard Gerwert: Natürlich könnten wir, wenn wir dazu beauftragt werden, eine eigene Verschlüsselungstechnik dazu liefern. Aber ob der Auftraggeber dazu eine Verschlüsselungstechnik bei uns beauftragt oder nicht, ist Sache des Auftraggebers; kann ich Ihnen nicht beurteilen. Wenn wir

beauftragt werden, liefern wir eine Verschlüsselungstechnik, natürlich.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut, das hilft mir ja schon weiter. Also, die Tatsache, dass wir im Augenblick die Verschlüsselungstechnik der NSA da irgendwie benutzen müssen, liegt an der Plattform, und wenn wir eine andere Plattform nähmen, wäre dieses Problem lösbar. Verstehe ich Sie richtig?

Zeuge Bernhard Gerwert: Noch mal: Wenn wir zu einer entsprechenden Verschlüsselungstechnik aufgefordert werden, werden wir eine liefern.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Rechnen Sie eigentlich mit Schwierigkeiten bei der Abnahme des Werkes am 30.09.? Wird das in irgendeiner Weise vorbereitet? Gibt es vorbereitende Gespräche für die Abnahme?

Zeuge Bernhard Gerwert: Ich habe diese Frage schon beantwortet. Aufgrund der bisherigen Ergebnisse gehen wir davon aus, dass wir eine erfolgreiche Abnahme des ISIS-Systems haben werden.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So, dann will ich noch mal auf meine ursprüngliche Frage zu den Verträgen zurückkommen. Sie haben gesagt, Sie hätten auf keinen Fall einen Vertrag unterschrieben, in dem man sich zu einer Musterzulassungsfähigkeit verpflichtet, haben aber jetzt dann auch wiederum gesagt, dass Sie mit dem Vertrag selber nichts zu tun haben und ihn auch nicht gelesen haben, weil das andere bei Ihnen im Unternehmen tun. Wie können Sie dann sagen - -

Zeuge Bernhard Gerwert: Ja, und zu dem Zeitpunkt war ich dafür auch nicht verantwortlich. Also, jetzt müssen wir doch mal die Kirche im Dorf lassen.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das habe ich ja verstanden. Aber wie kommen Sie dann zu der sicheren Erkenntnis, dass das im Vertrag nicht so drinsteht, wenn Sie den gar nicht gelesen haben?

Zeuge Bernhard Gerwert: Das haben mir meine Mitarbeiter so berichtet.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben eben gesagt, Sie hätten niemals einen Vertrag unterschrieben, der irgendwie ein unklares Risiko enthält, -

Zeuge Bernhard Gerwert: Halt, halt.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - ein unberechenbares Risiko.

Zeuge Bernhard Gerwert: Halt, halt, halt. Ich habe gesagt, wir hätten keinen Vertrag zu einem Festpreis unterschrieben, der ein unkalkulierbares Risiko enthält.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das habe ich so verstanden.

Zeuge Bernhard Gerwert: Ich bitte das sehr deutlich zu unterscheiden.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Bernhard Gerwert: Deswegen haben wir solche Verträge, deswegen gibt es Entwicklungsverträge, insbesondere zu dem Zeitpunkt den CPM, der genau dieses zulässt, dass wir einen Entwicklungsvertrag unterschreiben mit einer entsprechenden Bemühensklausel und dass wir diese Bemühungen entsprechend vergütet kriegen.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nun hat uns der Zeuge Jung, ehemaliger Verteidigungsminister, hier auch noch mal geschildert, dass er genau deswegen explizit darauf gedrängt hat, dass eben nicht die Bemühensklausel gilt, sondern eine Gewährleistung, weil er sicherstellen wollte, dass nicht die Bundesregierung auf diesem Risiko sitzenbleibt. Wenn wir jetzt mal davon ausgehen - 300 Millionen hat das Luftfahrtgerät ja gekostet in dem Vertrag -: Irgendeine der beiden Seiten muss dieses Risiko ja letztlich getragen haben, entweder die Industrie oder die Bundesregierung. Sie sagen jetzt, Sie hätten so einen Vertrag nicht unterschrieben für die Industrie, Sie hätten dieses Risiko nicht übernommen. Hat dann also aus Ihrer Sicht die Bundesregierung blauäugig ein Risiko übernommen?

Zeuge Bernhard Gerwert: Ich gehe davon aus, dass beide Seiten den Inhalt des

Vertrages kannten und wussten, was sie unterschreiben.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, Sie haben ja gerade gesagt, Sie kennen selber den Inhalt des Vertrages nicht.

Zeuge Bernhard Gerwert: Ich habe ja gesagt: „beide Seiten“; Sie haben ja von der Industrie gesprochen.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, irgendjemand muss dieses Risiko ja letztlich tragen. Darüber sind wir uns einig, nicht? Wenn ein Vertrag über eine Leistung vereinbart wird - -

Zeuge Bernhard Gerwert: Noch mal: Dafür wird ein Entwicklungsvertrag unterschrieben; deswegen unterschreibt die Industrie einen Entwicklungsvertrag, weil sie dieses Risiko zu einem Festpreis nicht übernehmen konnte. Das war der Grund, dass dieser Vertrag so unterschrieben wurde.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, entschuldigen Sie, wir wollten das - - Ich bin auch dabei, zu verhindern, dass wir in Geheim gehen. Aber wir haben jetzt auch schon von mehreren Zeugen gehört - deswegen ist es kein Geheimnis -, dass die Bemühensklausel ausgeschlossen worden ist.

Zeuge Bernhard Gerwert: Das kann ja dann - -

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Von daher ist die Frage - -

Zeuge Bernhard Gerwert: Das wäre dann rechtlich zu prüfen.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Noch mal: Wenn die Industrie das Risiko nicht übernommen hätte, weil man - so wie Sie sagen - einen Entwicklungsvertrag unterschrieben hat, dann hätte die Bundesregierung das Risiko gehabt. Richtig?

Zeuge Bernhard Gerwert: Aus unserer Sicht haben wir einen Entwicklungsvertrag unterschrieben, und die Konsequenzen eines Entwicklungsvertrages sollten beiden Seiten bewusst sein.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das habe ich verstanden. Aber noch mal: Wenn die Industrie das Risiko nicht trägt, weil es ein Entwicklungsvertrag ist, dann trägt es logischerweise die Bundesregierung. Richtig?

Zeuge Bernhard Gerwert: Das ist die Logik daraus.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. - Der Kollege Lindner fragt weiter.

Dr. Tobias Lindner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. - Ich habe nur noch eine Nachfrage zur Zulassungsproblematik. Haben Sie bei Cassidian, in Ihrem Unternehmen, Experten, die sich mit der Zulassung befassen?

Zeuge Bernhard Gerwert: Ja.

Dr. Tobias Lindner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie im Laufe dieses Entwicklungsprojektes mal erwogen - als sich die Zulassungsprobleme dann offenbarten -, solche Mitarbeiter abzustellen, in die USA zu schicken, in irgendeiner Art und Weise bei Northrop Grumman unterstützend tätig zu werden, um diese Probleme vielleicht dadurch zu lösen?

Zeuge Bernhard Gerwert: Nein, weil das ist auch - wie zum Anfang geschildert - ein Thema der Firma Northrop Grumman. Das hätten wir auch nicht lösen können; das ist vielmehr eine Frage zwischen Northrop Grumman und der deutschen Zulassungsbehörde oder der ML.

Ich kann nur noch mal betonen: Wenn Sie ein Gerät nach einem gewissen Standard - das, was ich vorhin gesagt habe - entwickelt haben und nachher sagen: „Ich möchte aber eine andere Entwicklung zugelassen haben“, dann nutzen Ihnen die besten Zulassungsexperten nichts. Dann müssen Sie es neu entwickeln, oder Sie anerkennen den Standard, nach dem es entwickelt wurde. Da gibt es auch keine Alternative zu.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: So, die Redezeit der Grünen ist abgelaufen. Da frage ich die CDU/CSU. - Nicht. Die SPD? - Herr Kollege Arnold.

verstanden, dass Sie davon ausgehen - aufgrund von Aussagen Ihrer Mitarbeiter -, dass die Bemühensklausel nicht greift?

Zeuge Bernhard Gerwert: Noch mal. Ich habe das akustisch nicht - -

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dass die Bemühensklausel greift?

Zeuge Bernhard Gerwert: Davon gehe ich aus.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann letzte Frage: Können Sie nachvollziehen oder haben Sie Verständnis dafür, dass jetzt die Rechtsanwaltskanzlei das Gegenteil überprüft?

Zeuge Bernhard Gerwert: Das ist die Sache des Ministeriums.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bereiten Sie sich auf einen Rechtsstreit vor?

Zeuge Bernhard Gerwert: Ja, wir checken natürlich unsererseits unsere Verträge, und dann werden wir sehen. Aber ich muss mich ja nicht auf einen Rechtsstreit vorbereiten, solange nicht klar ist, ob es einen Rechtsstreit geben wird.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay, dann muss ich noch mal verstehen: Wenn das Ministerium - - Also, Sie haben gehört, dass das Ministerium jetzt eine Kanzlei beauftragt hat, die jetzt prüft, ob es eine Regressforderung geben kann an die Industrie. Sie haben daraufhin Ihre Leute noch mal prüfen lassen, ob es aus ihrer Sicht diese Möglichkeit gibt, und kommen zu dem Ergebnis, dass es das nicht gibt?

Zeuge Bernhard Gerwert: Zu diesem Ergebnis werde ich kommen, wenn ich die klare Aussage auch von unseren Leuten habe.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach, das heißt, diese Überprüfung gab es nicht? Das ist sozusagen - - Es war jetzt nicht eine systematische Herangehen - -

Zeuge Bernhard Gerwert: Das ist im Moment meine Auffassung dazu. Dieses wird im Moment detailliert rechtlich geprüft.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke schön.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Dann Frau Kollegin Keul.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, jetzt also nur noch mal: Vor dem Hintergrund, dass der Zeuge selber erklärt, dass er den Vertragstext nicht kennt, und ihm auch sicherlich nicht zugemutet werden kann, hier die rechtliche Bewertung eines Textes vorzunehmen, den er nicht kennt, reicht mir das zur Relativierung seiner ursprünglichen Bewertung, sodass ich auf ein Gespräch über den Vertragstext in nichtöffentlicher Sitzung an dieser Stelle verzichte.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Dann sind wir am Ende unserer Befragungen.

Herr Gerwert, ich darf Sie noch mal darauf hinweisen, dass Ihnen nach Fertigung des Protokolls dieses für mögliche Korrekturen vom Sekretariat übersandt wird. Des Weiteren bin ich nach § 26 Abs. 3 PUAG gehalten, Sie zum Ende Ihrer Vernehmung darauf hinzuweisen, dass der Untersuchungsausschuss durch Beschluss feststellt, dass die Vernehmung des Zeugen abgeschlossen ist. Die Entscheidung darf erst ergehen, wenn nach Zustellung des Vernehmungsprotokolls zwei Wochen verstrichen sind oder auf die Einhaltung dieser Frist verzichtet worden ist.

Herr Gerwert, ich danke Ihnen für Ihr Kommen und wünsche Ihnen einen guten Nachhauseweg.

Ich unterbreche, wie angekündigt, an dieser Stelle die Sitzung kurz. Sie haben jetzt zehn Minuten; um halb machen wir weiter. Sie haben jetzt Gelegenheit für Fotos und Presseerklärungen.

(Unterbrechung von
12.21 bis 12.39 Uhr)